

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW · LAG Wirtschaft

**LAG Wirtschaft
Sprecher*innen Team**

Anne Herbermann
herbermann@gruene-muenster.de

Cyrill Ibn Salem
cyrill.ibn.salem@gruenekoeln.de

Sandra Stein
sandra.stein@gruene-hsk.de

Christoph Nasgowitz
christoph.nasgowitz@gruene-region-
aachen.de

Beschlussdatum 07. Oktober 2023

Positionspapier LAG Wirtschaft

Forderungen an eine sozial gerechte & ökologisch wertvolle Transformation des Rheinischen Reviers

Zielformulierung

Die Landesarbeitsgemeinschaft Wirtschaft der Grünen NRW fordert, dass ökologisch-soziale Standards stärker in den Transformationsbestrebungen des Rheinischen Reviers verankert werden und die nötigen planungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, um die nachhaltige Transformation des Rheinischen Reviers zu gewährleisten.

Situationsbeschreibung

Das Rheinische Revier steht durch den notwendigen Kohleausstieg vor einem grundlegenden Strukturwandel. Derzeit ist die Industrie vor Ort noch von ihrer starken Abhängigkeit von der Braunkohleenergie geprägt, so dass der Kohleausstieg für die Region und die ansässigen Unternehmen einen hohen Transformationsdruck auslöst. Diese Herausforderung gilt es als Chance zu nutzen und nicht nur dem Verlust von Arbeitsplätzen entgegenzuwirken, sondern gleichzeitig das Rheinische Revier zu einem Vorreiter für ökologische und soziale Wertschöpfung zu machen. So kann das Rheinische Revier als Modell für andere Regionen dienen.

Bis 2038 sollen 14,8 Milliarden Euro an Strukturhilfen in das Rheinische Revier fließen, um den vom Kohleausstieg induzierten Strukturwandel zu begleiten. Damit diese Mittel nicht als Tropfen auf dem heißen Stein enden, müssen sie in Projekte mit einer deutlichen Ausrichtung zur nachhaltigen Transformation des Reviers investiert werden. Das Wirtschafts- und Strukturprogramm liefert dabei die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche und strukturelle Transformation des Reviers. Mit den vier Zukunftsfeldern Energie und Industrie, Ressourcen und Agrobusiness, Innovation und Bildung sowie Raum und Infrastruktur setzt das Wirtschafts- und Strukturprogramm an vielen Stellen bereits wichtige Impulse für den Wandel im Revier. Doch an den bislang erkennbaren Bemühungen fällt auf, dass die Ansätze noch nicht weit genug gehen, um eine echte Transformation hin zu einer ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltigen Wertschöpfung zu ermöglichen.

Forderungen

Um das Rheinische Revier zu einer Region zu transformieren, in der Menschen gerne und im Einklang mit den natürlichen Kapazitäten der Region leben und wirtschaften, fordern wir:

1. Steuerung der Transformation

Die Steuerung des Strukturwandels erfordert eine präzise und transparente Herangehensweise. Quantifizierbare Indikatoren spielen hierbei eine entscheidende Rolle, da sie die Basis für eine fundierte Politikgestaltung und eine effektive Umsetzung bilden.

Das **Wirtschafts- und Strukturporgramm 1.1** greift zur Lenkung des Strukturwandels zwar erste ökologische und soziale Indikatoren auf, geht dabei jedoch nicht weit genug, um eine nachhaltige Transformation der Region zu bewirken. Zudem beziehen sich die zukunftsfeld-spezifischen Indikatoren rein auf die Zuwendungsempfänger. Diese stellen jedoch nur einen kleinen Ausschnitt der Akteurslandschaft im Transformationsgeschehen dar. Um den realen Transformationsprozess zu messen und damit auch die indirekten Auswirkungen der Förderung messbar zu machen, sind zusätzliche Datenquellen und Primärdatenerhebungen notwendig.

Die Indikatoren des Wirtschafts- und Strukturprogramms 1.1 müssen um Indikatoren erweitert werden, welche geeignet sind, um die ökologischen und sozialen Dimensionen von Nachhaltigkeit zu messen. Die im **Reviervertrag 2.0** (von Mai 2023) angekündigten Meilensteine müssen die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie für das Rheinische Revier quantifizierbar bzw. messbar machen und so die konkrete Anwendung und Umsetzung der **Sustainable Development Goals (SDG)** vor Ort sicherstellen, wie es auch der Koalitionsvertrag fordert (Zeile 679f.).

Die Überarbeitung der ökologischen Indikatoren sowie die Ausarbeitung der Meilensteine sollen unter Einbezug von NGOs und Umweltinitiativen aus Forschung und Gesellschaft im

Revier sowie dem LANUV und dem MUNV geschehen. Die Überarbeitung der sozialen Indikatoren soll zudem die Bürger*innen mittels repräsentativer und niederschwelliger Bürgerbeteiligung einbeziehen und auf einem in diesen Beteiligungsformaten zu erarbeitenden Zielbild basieren.

2. Auswahl nachhaltiger gemeinwohlorientierter Projekte

Derzeit werden Projektskizzen für Strukturwandelprojekte nur nachrangig nach Nachhaltigkeitskriterien bewertet. So entfallen auf die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen, die Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur sowie den Beitrag zur räumlichen Wirkung im Rheinischen Revier 80% der Gewichtung, während **bislang nur 20% auf den Einklang mit den Nachhaltigkeitszielen entfallen**. In der nachgelagerten Bewertung bezüglich der Nachhaltigkeitsziele reicht zudem ein positiver Beitrag zu einem SDG, welches nicht zwingend den ökologischen oder sozialen Zielen zugeordnet sein muss sowie der Ausschluss von signifikant negativen Auswirkungen („Do no significant harm“) auf die SDGs. Dies führt zu einer systematischen Unterrepräsentanz der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeitsziele. Weiterhin überfordert das derzeitige Verfahren die Akteure im Revier mit aufwändigen, bürokratischen Hürden und einem langwierigen Prozess, sodass das Verfahren häufig eine unüberwindbare Hürde darstellt.

Die Bewertungskriterien der Projektskizzen müssen daher widerspiegeln, dass zukünftiges Wirtschaften die planetaren Grenzen einhält. Dafür soll **zukünftig Nachhaltigkeit als das am stärksten gewichtete Einzelkriterium** zur Bewertung von Projektskizzen definiert sein. Bei der Nachhaltigkeitsprüfung muss daher der positive Einfluss auf mindestens ein ökologisches oder sozial geprägtes SDG/Nachhaltigkeitsziel obligatorisch sein. Bei der Überarbeitung des Projektauswahlprozesses sollen aktuelle Fördermittelempfänger einbezogen werden, sodass bürokratische Hürden konsequent abgebaut werden können.

3. Experimentierklausel und Sonderplanungszone

Der hohe Transformationsdruck im Rheinischen Revier erfordert eine hohe Transformationsgeschwindigkeit, welche an vielen Stellen nur schwer vereinbar mit dem bestehenden Planungsrecht ist.

Zur beschleunigten Umsetzung befürworten wir die Errichtung einer Sonderplanungszone für das Rheinische Revier soweit bestehende Umweltstandards nicht aufgeweicht werden. Zudem kann sich der modellhafte Charakter des Rheinischen Reviers nur entfalten, wenn Möglichkeiten des Experimentierens geschaffen werden, die an anderer Stelle nicht möglich sind. Bislang stoßen insbesondere nachhaltige und häufig öffentlich geförderte Technologieprojekte regelmäßig an regulatorische Hürden, da der bestehende Rechtsrahmen diese Innovationen noch nicht vorsieht. Um derartige Technologien jedoch wissenschaftlich evaluieren zu können, ist es essentiell, diese in **Pilotversuchen und Reallaboren** zu erproben. Erst diese wissenschaftliche Evaluation unter realitätsnahen Bedingungen ermöglicht eine

realistische Technologiefolgenabschätzung, welche für eine wohl überlegte Anpassung des Rechtsrahmens unabdingbar ist. Auch soziale Innovationen (z. B. neuartige kokreative Partizipationskonzepte) könnten von einem entsprechend gestalteten Experimentierraum profitieren. Um eine solche Umsetzung von Reallaboren und Pilotvorhaben für nachhaltige Projekte unter enger wissenschaftlicher Begleitung und behördlicher Überwachung zu erleichtern bzw. zu ermöglichen, bedarf es daher einer Experimentierklausel. Hierfür muss der entsprechende rechtliche Rahmen geschaffen werden. **Sinnvoller Weise umfasst diese Experimentierklausel dabei sowohl technologische als auch soziale Innovationen.** Sofern eine Planungsbeschleunigung die Einschränkung der institutionalisierten Beteiligungsformate notwendig macht, sind diese durch innovative Formate der Bürger*innenbeteiligung, wie z. B. Bürger*innenräte, zu ersetzen.

4. Gerettete Dörfer werden zu Modellen für Klimaneutralität, Gemeinwohlökonomie & gelebter Beteiligung.

Die Dörfer Kuckum, Berverath, Keyenberg, Oberwestrich und Unterwestrich konnten vor den Kohlebaggern gerettet werden. Die Zukunft der in großen Teilen verwaisten Dörfer ist bislang jedoch noch ungewiss. In Zeiten des Wohnungsmangels und der Ressourcenwende ist weder die fortwährende Brachlegung noch ein Abriss der Häuser eine akzeptable Option. Die fünf geretteten Dörfer sind vergleichbar mit vielen anderen Dörfern im Rheinischen Revier und weit darüber hinaus und bieten so die einzigartige Chance, **innovative Konzepte für eine nachhaltige und lebenswerte Zukunft** zu entwickeln.

Daher fordern wir, diese Dörfer auf Grundlage des Gebäudebestands zu **klimaneutralen Modelldörfern** zu entwickeln. Diese Modelldörfer sollen als Beispiele für die Energie- und Wärmewende im ländlichen Raum dienen, wovon ausgehend neue integrative Konzepte entwickelt werden können. So könnten beispielsweise innovative Dämmstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen erprobt und Nahwärmenetze für den ländlichen Raum entwickelt werden. Darüber hinaus sollen die Dörfer auch zu **Vorzeigeorten für soziale Innovationen und gemeinwohlorientiertes Wirtschaften** werden. So können beispielsweise Genossenschaftsmodelle für Solar- und Windparks erprobt werden, welche eine Beteiligung der Bürger*innen ermöglichen und Versuche zur Shared Economy durchgeführt werden. Für ein lebendiges Wirtschafts- und Dorfleben braucht es zudem eine ernstgemeinte Beteiligung und Mitgestaltung der Bürger*innen, Initiativen und vor Ort ansässigen Unternehmen.